

Pressemitteilung

Frankfurt am Main, 15. Mai 2012

Landesgeschäftsstelle

Pressesprecherin

Kathleen Niepmann
Telefon: 069 7947-375
Telefax: 069 7947-99375
pressesprecherin@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de

Diakonie: Hessischer Sozialbericht bestätigt zunehmende Spaltung in Arm und Reich

Die Diakonischen Werke in Hessen und Nassau (DWHN) und Kurhessen-Waldeck (DWKW) begrüßen die erstmalige Herausgabe eines Sozialberichts durch die hessische Landesregierung. Bereits seit Jahrzehnten hatte unter anderem die Diakonie einen solchen Bericht als Grundlage gezielter Sozialpolitik gefordert. Allerdings sei bei der Erstellung die Chance zu einer intensiven Einbeziehung der Expertise der Wohlfahrtsverbände so gut wie nicht genutzt worden. Auf die Einbindung einer fachlichen Stellungnahme der Verbände, wie sonst in Landessozialberichten üblich, sei ohne Angabe von Gründen verzichtet worden.

"Der Bericht zeigt deutlich", so der Vorstandsvorsitzende des DWHN Dr. Wolfgang Gern, "dass einerseits der Wohlstand in Hessen zugenommen hat und andererseits dieser Wohlstand immer ungleicher verteilt ist." Durchschnittlich lägen nach Aussagen des Berichts auf den Konten der Hessen zwei Jahresgehälter, aber dieser Durchschnitt sage noch nichts über die Verteilung. Die extreme Vermögensungleichheit, die der Bericht offenbare, sei erschreckend, ergänzt Dr. Eberhard Schwarz, Vorstandsvorsitzender des DWKW. Während der Anteil der Reichen in den letzten Jahren gestiegen sei, lebe nach wie vor fast jeder sechste Hesse in Armut, jeder zehnte sei hoffnungslos überschuldet, und zu den Ärmsten der Armen, nämlich den Flüchtlingen, schweige der Bericht völlig, kritisieren Gern und Schwarz unisono.

Ohne sozialstaatliche Umverteilung wäre zwar sogar jeder fünfte Hesse arm, aber von einer effektiven Politik der Armutsbekämpfung sei Hessen genauso wie Deutschland noch weit entfernt, so Gern. Die im Bericht vorausgesetzte Annahme, dass durch Transferleistungen Armut weitgehend verhindert werde, ist falsch, weil die Höhe vieler Transferleistungen unterhalb der Armutsgrenze liege. Das alleinige Setzen auf Aktivierung zur Erwerbsarbeit ignoriere nicht nur die strukturellen Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit, sondern auch die zunehmende Armut trotz Arbeit, die im Bericht durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse deutlich belegt werde. Tafeln würden im Sozialbericht zu unkritisch als ergänzende Hilfesysteme anstatt als Symptome sozialstaatlichen Versagens wahrgenommen.

Als Leser vermisse man, so Schwarz, die Bereitschaft zur kritischen Überprüfung der eigenen Sozialpolitik oder grundlegend neue Ideen. So werde beispielsweise eine sozialraumorientierte Begleitung von Kindern und Jugendlichen gefordert, aber faktisch fehle ein sozialpolitisches Konzept zur Entwicklung von Sozialräumen in Hessen. Oder es werde auf das Problem mangelnden günstigen Wohnraums im Rhein-Main-Gebiet hingewiesen, ohne gleichzeitig die Absicht zum Verkauf der Nassauischen Heimstätte durch die Landesregierung in Frage zu stellen.

Einige Interpretationen des dargebotenen Zahlenmaterials seien zumindest fragwürdig, wie etwa die Aussage, dass 16 Prozent Niedriglohnbeschäftigte in Hessen unterhalb des westdeutschen Durchschnitts von fünfzehn Prozent liegen sollen oder dass die Menschen in Ostdeutschland vermöglicher sein sollen als die in Westdeutschland.

So zeige der Bericht bei der Darstellung der Bildungsausgaben, wie gering das Volumen des öffentlichen Haushaltes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei. Dies sei indirekt das Eingeständnis eines staatlichen Einnahmeproblems infolge verfehlter Steuerpolitik, stellen die beiden Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke in Hessen fest. Dazu schweige jedoch der Bericht. Aber bei entsprechendem politischem Willen wäre es durchaus möglich, das erhöhte Armutsrisiko von Kindern, Alleinerziehenden und Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur zu konstatieren, sondern zu bekämpfen, fordern sie die Landesregierung auf. Ebenso wie das kommende Problem der Altersarmut, das sich im Bericht angesichts des wachsenden Anteils an Minirenten und der höheren Arbeitslosigkeit bei älteren Menschen deutlich abzeichne.

(zio)